

## Extinction Rebellion- eine lernende Bewegung

Berlin, 3. Mai 2023

Anlässlich der Sozialproteste zum 1. Mai solidarisiert sich die Klimagerechtigkeits-Bewegung Extinction Rebellion mit den Forderungen vieler politischer Gruppen nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Die Bewegung veröffentlicht nun ihre überarbeiteten Grundsatz-Forderungen, die einen sozial-ökologischen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft unter zwingender Einbeziehung der Bevölkerung auf die politische Agenda setzen, um der klimatischen und ökologischen Krise wirksam zu begegnen.

Extinction Rebellion (XR) wird von den Medien und der Öffentlichkeit überwiegend über Protest-Formate in Form von Blockaden, Demonstrationen oder „Farb- Attacken“ auf Hauseingänge wirtschaftlicher Lobbygruppen wahrgenommen.

Welche inhaltlichen Forderungen die Aktivist\*innen vertreten, tritt oft hinter den Bildern zurück oder wird zumindest stark verkürzt kommuniziert. Für die Bewegung sind die Forderungen aber Voraussetzung für ihr Handeln, sie bestimmen das Selbstverständnis der Aktivist\*innen und liefern die Grundlage für konkrete Protestformen.

Der Protest richtet sich gegen das Zögern der Regierung im Angesicht der sich verschärfenden Krisen und entwirft dabei Visionen für einen positiven Wandel auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse wie dem Konzept der Planetaren Grenzen. Dabei reagiert XR auch auf veränderte politische Entwicklungen und hinterfragt in diesem Zusammenhang die Gültigkeit der eigenen Forderungen. Diese bezogen sich bisher in einigen zentralen Punkten noch stark auf die Vorlage aus der Gründungszeit der Bewegung in Großbritannien 2018.

Im Kern der Überarbeitung steht die wissenschaftliche Erkenntnis, dass ein radikal verändertes Wirtschaftssystem etabliert werden muss, das sich von dem destruktiven Credo endlosen Wachstums verabschiedet und stattdessen die planetaren Grenzen einbezieht, um die klimatische und ökologische Krise unter Kontrolle zu bekommen. Neben der drastischen Reduktion aller fossilen Treibhausgas-Emissionen wird auch der Schutz der Biodiversität stärker als bisher betont. Der Forderung nach mehr Bürger\*innen-Beteiligung in politischen Entscheidungsfindungs-Prozessen wird zudem durch ausformulierte Rahmenbedingungen für Bürger\*innenräte mehr Gewicht verliehen. Dies ist notwendig, um die Demokratie zu

stärken und die Akzeptanz tiefgreifender Maßnahmen im Zuge des Strukturwandels in der Bevölkerung zu erhöhen.

"Die Prozesse in einer Graswurzelbewegung brauchen viel Zeit, was in scheinbarem Widerspruch zur großen Dringlichkeit des erforderlichen Strukturwandels steht. Ein nachhaltiger Wandel kann aber nur glaubhaft eingefordert werden, wenn wir diesen als soziale Bewegung versuchen zu leben, was sich in den dezentralen Strukturen und konsensorientierten Reflektionsprozessen widerspiegelt.", sagt eine maßgeblich an dem Vorgang beteiligte Aktivistin.

Unsere drei Forderungen lauten nun wie folgt:

#### 1. Sagt die Wahrheit

Die Regierung muss die existenzielle Bedrohung durch die ökologische Krise und ihre Ursachen und Folgen offiziell anerkennen.

Wir fordern alle politischen und gesellschaftlichen Institutionen auf, diese Bedrohung und die Dringlichkeit einer gerechten ökologischen Transformation zu kommunizieren.

Das Ziel muss sein, die Ökosysteme der Erde so zu stabilisieren, dass sie allen Menschen und Arten ein gutes Leben ermöglichen.

#### 2. Handelt jetzt! Jeder Tag zählt!

Die Bundesrepublik Deutschland muss jetzt handeln, um die Biodiversitäts- und die Klimakatastrophe aufzuhalten und mutige sowie wirksame Maßnahmen sofort einleiten.

Die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen müssen veranlassen, dass der Ausstoß sämtlicher fossiler Treibhausgase beendet wird sowie weitere Emissionen massiv reduziert werden.

Dazu muss auf eine sozial gerechte Wirtschaftsweise umgestellt werden, die sich an den Konzepten Postwachstum und Planetare Grenzen orientiert.

Die Regierung muss global Verantwortung für die wachstums- getriebene und ausbeuterische Zerstörung unserer Lebensgrundlagen übernehmen, diese stoppen und so weit wie möglich rückgängig machen.

### 3. Demokratie neu leben!

Die Regierung muss zu drängenden gesellschaftlichen Fragen Bürger:innenräte einberufen. Diese sind als Säule unserer Demokratie zu institutionalisieren. Die veröffentlichten Ergebnisse der Bürger:innenräte sind in Bundestag und Bundesrat zu behandeln. Sie sind als Handlungsleitfaden für die Regierung zu betrachten.

Die Nichtbeachtung jeder einzelnen Empfehlung muss öffentlich detailliert begründet werden.

"Mit der Aktualisierung unserer Forderungen tragen wir den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung und schärfen zusätzlich unser Profil als lernende Bewegung", so Manon Gerhardt vom Presseteam. "Nur so können wir mit unseren Aktionen glaubhaft Akzente in der politischen Debatte setzen"

Quellen:

<https://www.pik-potsdam.de/en/news/latest-news/planetary-boundaries-update-freshwater-boundary-exceeds-safe-limits>

Presse Anfragen: Manon Gerhardt- 017662179004